

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 14. September 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	40, 41	Dr. Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)	38, 39
Amling (SPD)	48, 49	Pauli (SPD)	42, 43
Becker (Nienberge) (SPD)	14, 15	Pfuhl (SPD)	6
Diller (SPD)	10, 11	Dr. Pohlmeier (CDU/CSU)	24
Eylmann (CDU/CSU)	3	Reimann (SPD)	7, 44
Gansel (SPD)	4, 33	Reschke (SPD)	20, 21
Geis (CDU/CSU)	45	Dr. Sperling (SPD)	18, 19
Grünbeck (FDP)	52, 53	Stahl (Kempen) (SPD)	46, 47
Dr. Haack (SPD)	27, 28	Steiner (SPD)	31, 32
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	50, 51	Stiegler (SPD)	30, 35
Hiller (Lübeck) (SPD)	8, 9	Uldall (CDU/CSU)	29
Dr. Hirsch (FDP)	16, 17	Frau Walz (FDP)	36, 37
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	22, 23	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	5
Jäger (CDU/CSU)	25, 26	Wüppesahl (fraktionslos)	1, 2
Lowack (CDU/CSU)	34	Frau Würfel (FDP)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

1. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
Sieht die Bundesregierung in einem großflächigen natürlichen und nicht mit moderner Maschinerie beforsteten Tropenwald einen Wert, und billigt sie zu, daß noch existierende und nicht staatstragende Naturvölker, wie beispielsweise Pygmäen, Negritos oder Waldindianer, ihre Existenzgrundlage in ihm sehen, die es auch vor eventuellem großflächigen, selbst selektivem Holzeinschlag durch bundesdeutsche Firmen, wie Fa. D. oder Fa. W., zu schützen gilt?
2. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
Kann die Bundesregierung Beispiele von Zurückweisungen von Anträgen auf Ausfuhrgewährleistungen deutscher Holzfirmen oder öffentlicher Projekte benennen, um damit Lebensinteressen betroffener Naturvölker zu wahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
Erwägt die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß die Einkommenstabelle zur Prozeßkostenhilfe (Anlage 1 zu § 114 ZPO) seit 1980 unverändert geblieben ist und das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 26. April 1988 Gesichtspunkte genannt hat, die für eine Überprüfung der Tabelle sprechen, eine Erhöhung der Einkommensgrenzen?
4. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
Wie ist der Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen der Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der C-Waffen-Produktion im Irak und in Libyen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung bereit, das Bundesamt für Statistik anzuweisen, in die zukünftigen Statistiken über die Zusammensetzung des Brutto-sozialproduktes die Leistungen des Arbeits- und Zeitaufwandes der Mütter und Familienhaushalte für die nachfolgende Generation aufzunehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

6. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung Vorstellungen zu, die sogenannte gewerbliche Lohnmast von Nutztieren in der Landwirtschaft auf Grund des wiederholten Einsatzes unerlaubter Masthilfe bei der Aufzucht von Kälbern zu verbieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

7. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Berichte der Illustrierten „stern“ bestätigen, wonach der Arbeitsmediziner Professor H. V. „einer der wichtigsten Berater von Bundesarbeitsminister Dr. Blüm im Berufskrankheiten-Recht“ ist (vgl. „stern“ vom 20. Juli 1989), und hat die Bundesregierung Behauptungen überprüft, wonach besagter Professor der Holzschutzmittel-Lobby nahesteht und von dieser Seite für Forschungen über Holzschutzmittel bei beruflicher Anwendung 12 000 DM erhalten haben soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

8. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wieviel Abfall wurde im Jahr 1988 aus der Bundesrepublik Deutschland, spezifiziert nach Bundesländern, in die DDR transportiert, und wie hoch war der Anteil an Sondermüll?
9. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie sind die entsprechenden Angaben für 1989?
10. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der erneuten Aufforderung der rheinland-pfälzischen Landesregierung vom 21. Juli 1989 folgen und bei der französischen Regierung darauf drängen, daß die neuen Genehmigungsbescheide für das Atomkraftwerk Cattenom statt Werte von maximal 15 Curie nur Werte von maximal 3 Curie je Block und Jahr enthalten?

11. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der Aufforderung der rheinland-pfälzischen Landesregierung folgen und die Verlagerung der Tiefflugschneisen für strahlgetriebene Militärflugzeuge beim Atomkraftwerk Cattenom zum Verhandlungsgegenstand mit der französischen Seite machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

12. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Wie hoch ist die vom Bundesminister für Post und Telekommunikation aufgewendete Summe für die u. a. auch auf Großflächenplakaten durchgeführte Werbeaktion mit Werbesprüchen wie „Ein Telegramm ist Zärtlichkeit“, „Ein Telegramm ist Freude“, „Ein Telegramm ist Dankbarkeit“ und so weiter?
13. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Wie sieht eine Erfolgskontrolle einer solchen Werbeaktion aus, und kann der Bundesminister für Post und Telekommunikation in Zahlen angeben, wie sich in der Vergangenheit derartig aufwendige Werbeaktionen bei der Inanspruchnahme dieser Postdienstleistungen ausgewirkt haben?
14. Abgeordneter
Becker (Nienberge)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung durchschnittliche Wartezeiten der Postkunden an den Schaltern der Deutschen Bundespost von 15 bis 30 Minuten für vertretbar und angemessen?
15. Abgeordneter
Becker (Nienberge)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch die durchschnittlichen Laufzeiten telegrafischer Zahlungsanweisungen in der Europäischen Gemeinschaft sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

16. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Beabsichtigt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die verwaltungsgerichtlichen Verbote der Unterbringung von Altenheimen und Asylanten in reinen Wohngebieten zum Anlaß zu nehmen, durch klarstellende Änderung der Baunutzungsverordnung Wiederholungen solcher öffentliches Ärgernis erregender Entscheidungen zu verhindern?

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Wann gedenkt die Bundesregierung tätig zu werden? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach einem „Energiepaß“ zur Beurteilung des Wärmebedarfes von Gebäuden? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher zur Schaffung eines solchen Energiepasses unternommen? |
| 20. Abgeordneter
Reschke
(SPD) | Teilt die Bundesregierung Schätzungen von Instituten, die besagen, daß sich Mieterhöhungen/-belastungen bei selbstgenutztem Wohneigentum von 0,12 DM bis 0,56 DM pro Quadratmeter Wohnfläche im Monat ergeben, nachdem im Rahmen der Steuerreform ab 1. Januar 1990 die 10jährige Grundsteuervergünstigung nach § 92 a II. WobauG für öffentlich geförderte Wohnungen und steuerbegünstigten Wohnungsbau wegfällt, wenn der Fertigstellungstermin nach dem 31. Dezember 1989 liegt, bzw. wie hoch schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen auf die Anfangsmiete/-belastungen der 1990 und später fertiggestellten öffentlich geförderten Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen durch Wegfall der Grundsteuerbefreiung? |
| 21. Abgeordneter
Reschke
(SPD) | Wie will die Bundesregierung diesem erneuten, gesetzlich sanktionierten Preisschub auf dem Wohnungsmarkt mit wirkungsvollen Maßnahmen begegnen, um die Anfangsmieten bzw. die Anfangsbelastung bei selbstgenutztem Eigentum für 1990 und später fertiggestellte Wohnungen für mittlere und kleine Einkommensschichten tragbar zu machen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 22. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien? |
| 23. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) | Wie sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die deutsch-bulgarische Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet einzuschränken und dies mit den ständigen Menschenrechtsverletzungen an der türkischen Minderheit in Bulgarien zu begründen? |

24. Abgeordneter
Dr. Pohlmeier
(CDU/CSU)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung un-
ternehmen, um entsprechenden Druck auf die
bulgarische Regierung auszuüben, damit die
eklatanten Menschenrechtsverletzungen von
seiten der bulgarischen Regierung an der türki-
schen Minderheit in Bulgarien abgestellt
werden?
25. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Aussiedler aus der UdSSR für
einen Antrag auf Ausbürgerung aus der Sowjet-
union im voraus eine Gebühr von 500 DM pro
Person (was bei Großfamilien mehrere Tausend
Mark ausmachen kann) bei einem sowjetischen
Konto in Bonn einzahlen müssen und daß sie bis
zu einem Bescheid elf Monate und länger warten
müssen, ob sie ihre sowjetische Staatsangehörig-
keit tatsächlich verlieren?
26. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der
schwerwiegenden Folgen einer doppelten
Staatsangehörigkeit während vieler Monate für
rußlanddeutsche Aussiedler mit der sowjeti-
schen Regierung über eine Beschleunigung der
Ausbürgerungsverfahren und über eine Ermä-
ßigung der Gebühren auf eine angemessene Höhe
zu verhandeln?
27. Abgeordneter
Dr. Haack
(SPD)
- Ist es richtig, daß die DDR durch den gegenwärtigen politischen Druck auf Ungarn völkerrechts-
widrig handelt, weil sie durch den von ihr ratifi-
zierten UN-Pakt über bürgerliche und politische
Rechte die Reisefreiheit der Deutschen aus der
DDR garantiert hat?
28. Abgeordneter
Dr. Haack
(SPD)
- Wenn ja, warum wird auf das rechtswidrige Ver-
halten der DDR nicht öffentlich hingewiesen?
29. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche aktuellen Informationen hat die Bundes-
regierung über die Wahrung der Menschenrech-
te in Syrien?
30. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung er-
griffen, um seit den letzten offiziellen Gesprä-
chen des Bundesministers des Auswärtigen mit
der CSSR-Führung die Wiedereröffnung des
Grenzübergangs Waldsassen zu betreiben, und
wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgs-
chancen dieser Bemühungen?
31. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag
der Versammlung der Westeuropäischen Union
(WEU), den amtierenden Präsidenten der WEU
zu bitten, aus der Delegation seines Landes in
Wien eine hochkarätige Kontaktperson der WEU
für die Verhandlungen über die konventionellen
Streitkräfte in Europa zu ernennen?

32. Abgeordneter
Steiner
(SPD) Wie weit sind die Beratungen im Rat der WEU über die geplante Revision des geänderten Brüsseler Vertrages inzwischen gediehen?
33. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Hat die Bundesregierung Anfragen oder Anträge von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Bau von U-Booten in Israel erhalten, und ist die Bundesregierung bereit, so lange keine Entscheidungen zu treffen, wie der Deutsche Bundestag noch nicht über den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag „Keine Genehmigung für Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten“ vom 21. Juni 1989 befunden hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

34. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Zahlen und Einzeldaten über die individuellen Schicksale der Opfer des Stalinismus in Deutschland nach 1945 vor, und auf welcher Basis wird diesen Opfern Entschädigung geleistet?
35. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Was hat die Bundesregierung veranlaßt, die Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes zu veranlassen, in Tag- und Nachtarbeit die Zeltstädte aufzubauen und ihnen anschließend zu eröffnen, daß man in festen Unterkünften ausreichende Vorsorge getroffen habe?
36. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP) Welche altersmäßigen Beschränkungen gibt es in den Bundesbehörden bei der Einstellung von Frauen, einschließlich von Beamtinnen?
37. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP) Wenn solche Beschränkungen vorliegen, welche Gründe sind dafür maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

38. Abgeordneter
Dr. Mecktersheimer
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die modulare Abstandswaffe Luft-Boden (MAW) als Bewaffnung auch für das Jagdflugzeug 90 vorgesehen ist, und kann die Bundesregierung mit letzter Sicherheit schon heute ausschließen, daß MAW auch in nuklearer Version für den Jäger 90 verwendet werden könnte?

39. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß die Argumentation in der jetzt herausgegebenen Informationsbroschüre des Bundesministeriums der Verteidigung mit dem Titel „Fünf Antworten zum Thema Sicherheit“ unangemessen ist, in der auf die Frage einer Bürgerin „Wozu brauchen wir eigentlich noch Verteidigung, wenn wir nicht mehr bedroht sind?“ mit dem Hinweis auf eine Kündigung der Krankenversicherung „weil wir zwanzig Jahre nicht krank waren“ beantwortet wird?
40. Abgeordnete
Frau Adler
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß betroffene Bürger, ja die gesamte Bevölkerung über die Ausweisung der Schutzbereiche durch das Bundesministerium der Verteidigung und die damit verbundenen Einschränkungen ordentlich unterrichtet werden, so daß dieser Vorgang transparent und verständlich gemacht wird?
41. Abgeordnete
Frau Adler
(SPD)
- Warum können die betroffenen Bürger nicht wie üblich einen Widerspruch einlegen, warum müssen sie sofort den Klageweg beschreiten?
42. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Welchen militärischen Nutzen hat es, wenn die Bundeswehr das Reparieren von LKW, PKW und anderen Geräten auf landwirtschaftlichen Gehöften übt, wie es z. B. für das Instandsetzungsbataillon 320 der Bundeswehr aus Koblenz in der Ortsgemeinde Macken geplant ist, nach Auffassung der Bundesregierung im Vergleich zu einer denkbaren Übung auf einem Truppenübungsplatz?
43. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, falls massive Beschwerden aus der Bevölkerung erhoben werden, z. B. haben sich 70 % der Mackener Bevölkerung beschwert, diesen Beschwerden dadurch Rechnung zu tragen, daß die geplante Übung auf einen der zahlreichen Truppenübungsplätze der näheren Umgebung verlegt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

44. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um gefährliche Farbstoffe in Lebensmitteln, wie z. B. AZO-Farbstoffe (Beispiel Gelborange S), Amaranth und Tartrazin, die Allergien auslösen können und zum Teil als krebserregend gelten, zu verbieten oder zumindest zulässige Höchstmengen festzusetzen?

45. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus den jüngsten Forschungsergebnissen der USA, wonach sicher ist, daß bei einer frühzeitigen Behandlung HIV-Infizierter mit dem Medikament AZT der Ausbruch der Krankheit AIDS entscheidend hinausgeschoben werden kann, zu ziehen?
46. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Kürzungen bzw. völlige Streichung von Zuschüssen für die Beschäftigungsstellen von Zivildienstleistenden gerade im Bereich der Schwerbehindertenbetreuung, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Streichungen bzw. Kürzungen aufzuheben?
47. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Streichung von Aufwandszuschüssen auf Dauer dazu führt, daß Leistungen der Träger eingeschränkt und die damit verbundenen Folgekosten um ein Vielfaches übersteigen, und was wird die Bundesregierung nun einleiten, um weiterhin eine effiziente und kostengünstige Betreuung von Bedürftigen sicherzustellen?
48. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Wie viele an Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin eingeschriebene Körperbehinderte haben grundsätzlich nach dem BSHG Anspruch auf Ersatz ihrer behinderungsbedingten finanziellen Mehraufwendungen, und in wie vielen Fällen wurden Anträge darauf mit dem Hinweis auf eine bereits vor Studienbeginn abgeschlossene und (teilweise) aus Sozialhilfemitteln finanzierte Berufsausbildung abgelehnt?
49. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß behinderten jungen Menschen der Zugang zu Universitäten und Hochschulen auch nach einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung nicht erschwert werden darf und deshalb die behinderungsbedingten finanziellen Mehraufwendungen – bei grundsätzlich vorhandener Bedürftigkeit – aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

50. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) 41 Intercity-Loks, die 1992 in Dienst gestellt werden sollen, mit FCKW-Kühlung ausrüsten will und daß der Vorstand der DB eine Umstellung auf Öl-Kühlung (und damit einen Verzicht auf 11 000 Liter Freon) wegen der höheren Kosten ablehnt?

- | | |
|---|---|
| 51. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls zu tun, um einen solchen Umweltskandal zu unterbinden? |
| 52. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß das Konzept der Deutschen Bundesbahn zur Neuordnung des Stückgutverkehrs angesichts z. B. der geplanten Schließung des Stückgutbahnhofes Donauwörth und der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf Effizienz, Kosten und Transportgeschwindigkeit dringend überprüfungsbedürftig ist? |
| 53. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | Ist im Rahmen einer solchen Neuordnung die Schließung von Stückgutbahnhöfen, wodurch Transportleistung von der Schiene auf die Straße verlagert wird, ökologisch verantwortbar? |

Bonn, den 8. September 1989

